

| | | |
|-------------------|---|---|
| Bericht | Geschäftsbereich | Stadtentwicklung, Bauen, Verkehr, Umwelt |
| | Ressort / Stadtbetrieb | Ressort 104 - Straßen und Verkehr |
| | Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail | Marcus Issel 563 - 5167 563 - 4725 marcus.issel@stadt.wuppertal.de |
| | Datum: | 26.08.2014 |
| | Drucks.-Nr.: | VO/0505/14 öffentlich |
| Sitzung am | Gremium | Beschlussqualität |
| 13.11.2014 | BV Uellendahl-Katernberg | Entgegennahme o. B. |
| Am Dönberg | | |

Grund der Vorlage

Bürgeranfrage

Beschlussvorschlag

Die Bezirksvertretung nimmt die Drucksache der Verwaltung zur Kenntnis.

Einverständnisse

Entfällt

Unterschrift

Reichl

Begründung

Mit Vorlage 1136/06 wurde der Bezirksvertretung ein Beschlussvorschlag zur Verkehrsberuhigung unterbreitet. Aufgrund des festgestellten Geschwindigkeitsniveaus hatte das Team „Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit“ eine entsprechende Empfehlung ausgesprochen. 20 % der Verkehrsteilnehmer sind Geschwindigkeiten im repressiven Bereich gefahren (d. h. mehr als 39 km/h).

Diesen Vorschlag hat die BV Uellendahl-Katernberg in der Sitzung vom 14.12.2006 abgelehnt.

Die Situation wurde von der Bezirksvertretung anders bewertet. Die vorhandenen Verkehrsberuhigungsmaßnahmen wurden als ausreichend und weitere Maßnahmen nicht

als notwendig angesehen. Es waren zum Zeitpunkt der Entscheidung der Bezirksvertretung bereits bauliche Fahrbahneinengungen (Baumtore) vorhanden sowie eine roten Aufpflasterung im Kreuzungsbereich Am Dönberg/Am Krüppershaus.

Im Jahr 2011 erfolgte eine weitere verdeckte Geschwindigkeitsmessung. Diese ergab, dass das Geschwindigkeitsniveau deutlich abgenommen hat. Nur noch 9% der Kraftfahrer sind mehr als 39 km/h schnell gefahren. Diese Quote ist im Vergleich zu anderen vergleichbaren Straßen im Stadtgebiet unauffällig.

Nach Rückmeldung der Kreispolizeibehörde ereigneten sich in der Zeit vom 01.09.2011 bis 01.09.2014 zwei Verkehrsunfälle. Es handelt sich um sog. Fahrurfälle, deren Ursache die Kreispolizeibehörde als Unachtsamkeit festgestellt hat und bei denen die Verursacher nach rechts von der Fahrbahn abgekommen sind. Überhöhte Geschwindigkeit war nicht Grund dieser Unfälle.

Die Verwaltung schließt sich heute dem Votum der Bezirksvertretung an, dass die vorhandenen Verkehrsberuhigungsmaßnahmen ausreichen und weitere Maßnahmen nicht begründet sind.

Kosten und Finanzierung

Entfällt

Zeitplan

Entfällt

Anlagen

Entfällt